



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VII/201

Hinweise
auf den Inhalt:

SONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Flüchtlingsstrom bedrängt Berlin	S. 1
Südafrika und die UNO	S. 3
Zum Evangelischen Kirchentag in Stuttgart	S. 5
Bielefeld - eine Absage an die Wahlblock-Strategen	S. 7
Max Brauer - 65 Jahre	S. 8

Berlin erstickt an Flüchtlingen

F.F. Seit die Demarkationslinie zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone durch einen breiten Sperrgürtel und den davor planierten Streifen Niemandsland völlig verbarrikadiert ist, ist der direkte Fluchtweg und die Zuwanderung nach Westdeutschland verperrt und fast vollkommen zum Stillstand gekommen. Westberlin aber hat seit einigen Monaten nicht nur weiterhin seinen Anteil an Flüchtlingen beibehalten, sondern zusätzlich den der Bundesrepublik mit übernehmen müssen, der wiederum durch die verschärfte Situation in der Sowjetzone extrem gewachsen ist.

Heute sind es nicht selten mehr als tausend Flüchtlinge, die sich täglich bei den Flüchtlingsstellen in Westberlin neu melden. Das Notaufnahmeverfahren ist aus den Fugen geraten. Die Unterbringung der Flüchtlingsmassen in Westberlin wird immer schwieriger. Selbst die Heranholung von Prüfungskommissionen aus der Bundesrepublik hat die Abfertigung der Flüchtlinge in angemessenen Fristen noch nicht wieder erreichbar gemacht. Obwohl durch vermehrten Einsatz von Flugzeugen statt früher 200 jetzt bis zu 500 und mehr anerkannten Flüchtlinge täglich nach Westdeutschland abgeflogen werden, sind die Lagerunterkünfte weiterhin verstopft. Auch die Verwendung von Fabrikräumen als provisorische Unterkünfte haben diesem Übelstand nicht abhelfen können, und besorgniserregend ist zusätzlich, dass viele der Unterkünfte nicht winterfest sind.

In Westberlin leben allein über 100.000 anerkannte politische Flüchtlinge aus dem Jahr 1951. Dazu kommen in jedem Monat 20 Prozent der in diesem Jahre anerkannten politischen Flüchtlinge, deren Zahl sich im August auf etwa 6.000 bis 7.000 belaufen wird und im Juli 5.6000 betrug. Die Gesamtzahl der als politische Flüchtlinge nicht anerkannten fällt seit jeher aus-

schliesslich Westberlin zur Last. Das sind nochmals weit über 100.000, die nur Asylrecht in Anspruch nehmen, so gut wie hundertprozentig Empfänger von Sozialunterstützung sind und in Westberlin Wohnraum beanspruchen. Dabei besteht Westberlin ohnehin fast zur Hälfte seiner Einwohner aus Rentnern, Pensionären und Sozialunterstützten, und die Zahl seiner Arbeitslosen nimmt sogar in den Frühjahrs- und Sommermonaten zu.

Leider ist nicht zu erwarten, dass der Flüchtlingsstrom demnächst geringer wird. Man braucht sich nur einige Stichworte vor Augen zu halten, die den proklamierten "Übergang zur Volksdemokratie" in der Sowjetzone veranschaulichen, um zu wissen, dass Not, Bedrückung und Terror weiter um sich greifen und die Zahl der Flüchtlinge entsprechend ansteigen lassen werden. Beispielsweise als Folge der Einführung des Arbeitsdienstes und der sogenannten Volksarmee, im Zuge des Kampfes gegen die Kirchen und die "bürgerlichen Elemente", beim Umbau und der verstärkten Säuberung innerhalb des Bildungswesens und der Verwaltungen, bei der gewaltsamen Ausweitung des "volkseigenen" Sektors in Industrie, Handwerk und Handel und bei der beginnenden Kolchewisierung der mitteldeutschen Landwirtschaft. Auch der Widerstand der Arbeiter gegen ihre zunehmende Ausbeutung (Betriebskollektivverträge), die immer häufigeren Schauprozesse zur Ablenkung von vielerlei Mißständen und das Aufbegehren innerhalb der sowjetzonalen Parteien und "Massenorganisationen" gegen den neuen Kurs bringen Gefährdungen mit sich und fordern ebenfalls ihre Opfer.

Dieser Entwicklung ist mit Vertröstungen und kleinen Nothilfen nicht mehr zu begegnen. Das derzeitige Notaufnahmeverfahren, das immer schon seine vielen Mängel hatte, ist längst illusorisch geworden und stellt, wie die Dinge heute liegen, eine ausserordentliche und für Westberlin zweifelsfrei untragbare zusätzliche Belastung dar. Es wird auch sonst den Erfordernissen bezüglich der Flüchtlinge in keiner Weise gerecht. Hier muss deshalb gründlich und schnell Abhilfe geschaffen werden. Sie kann nicht darin gesehen werden, dass bei der Prüfung der Flüchtlinge "ein strenger Maßstab angelegt" wird, wie es Minister Lukaschek forderte, und auch nicht darin, das Notaufnahmeverfahren "grösszügig bis an die Grenze des Möglichen" anzuwenden. Das ganze Flüchtlingsproblem muss neu durchdacht und auf jeden Fall anders als bisher angepackt werden.

+ + +

Kein Raum für Hereros und Inder ?

ds, Kapstadt, Ende August

Bemerkenswert gering ist das Interesse, das die Öffentlichkeit Südafrikas der Tatsache entgegenbringt, dass Probleme ihres Landes nun schon seit 1946 ununterbrochen auf der Tagesordnung der UNO-Vollversammlung stehen. Wenn sich am 14. Oktober die Delegierten aller Vereinten Nationen in New York versammeln, werden sie zum vierten Male einen Antrag Indiens auf eine Untersuchung der Behandlung der indischen Bevölkerung in Südafrika debattieren und ebenfalls die Frage der weiteren Zukunft Südwestafrikas, hierbei besonders das Problem der Ansiedlung von 35.000 aus den portugiesischen Besitzungen in ihre ehemaligen Wohngebiete zurückgewanderten Hereros.

Wie bei manchem anderen Streitfall ergibt sich auch hier die Frage, ob die Verfahrensweise der UNO nicht einer grundlegenden Änderung bedarf. Am Fall Südwestafrika wird deutlich, wie zunächst Smuts, dann Malan durch plumpe Verzögerungstaktik einen Zeitgewinn erzielten, der inzwischen zu unbehinderter wirtschaftlicher und politischer de facto-Eingliederung Südwestafrikas in die Union geführt hat. Für Dr. Malans Nationale Partei bedeutete das, unter anderem, den willkommenen Zuwachs von sechs sicheren, zum Teil deutschsprachigen und nationalsozialistisch vorbelasteten, M.P.-Abgeordneten, die neu ins Kapstädter Unionsparlament einzogen.

Südafrika hat zwar die UNO-Charta ratifiziert, nicht aber diese Zustimmung auch in die Tat umgesetzt, indem es die Mandatspartnerschaft gegenüber dem Völkerbund auf das Treuhandkomitee der UNO übertrug. Es dürfte nicht mehr lange dauern, bis Südafrika sich an den Mandatscharakter seiner "fünften Provinz" überhaupt nicht mehr erinnern und jede Erwähnung Südwests vor der UNO als Einmischung in seine inneren Angelegenheit ablehnen wird. Wie kaltschnäzig man in dieser Beziehung über die UNO denkt, geht aus den Worten des jetzigen Wirtschaftsministers und ehemaligen UNO-Delegierten Eric Louw hervor, der Anfang 1949 nach seiner Rückkehr von der UNO sagte: "Ich bin glücklich, wieder hier zu sein, nachdem ich mich drei Monate mit Siamesen, Indern, Russen und Gott weiss was noch

abgeben musste". Nach zehn Monaten erst bequeme man sich (nach einer Rüge der UNO) zu einem sehr unwahrscheinlich klingenden Dementi.

Unter den verschiedenen als "Nicht-Europäer" klassifizierten Bevölkerungsschichten Südafrikas ist die Gruppe der 300.000 Inder am meisten entrechtet. 1948 sprach man ihr die Berechtigung zur Wahl einer - ohnehin nur beratenden - politischen Vertretung ab; gleichzeitig wurden über Haus- und Grundbesitz sowie Handelsbeziehungen der Inder scharfe Kontrollen und Verbote verhängt. Der in der Geschichte des britischen Commonwealth einmalige Fall ergab sich, dass zwischen zwei seiner Mitgliedsstaaten ein "kalter Krieg" entstand, der sich von 1948 bis heute in Notenwechseln, Handelsembargos und fortwährenden politischen Nadelstichen auf beiden Seiten äussert. Für die Zukunft der Inder Südafrikas hat wahrscheinlich niemand eine Ideallösung bereit; das Lebensniveau der ehemaligen Zuckerplantagearbeiter reicht heute vom Bettler bis zum Millionär, der durch Preisunterbietungen reich geworden ist. Zu den Leitern des "Indischen Nationalkongresses" in Südafrika gehört der Sohn Gandhis. Er propagiert eine passive Resistenz und steht dabei in scharfem Gegensatz zu zwei anderen indischen Politikern, Dadoo und Naicker, die inzwischen als Kommunisten zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Eine der unabdingbaren Grundlagen der UNO-Arbeit ist die Gleichheit aller Menschen und Völker, ungeachtet ihrer rassischen Herkunft und religiösen Überzeugung. Südafrika hat durch seine diskriminierende Rassengesetzgebung anerkannt, dass es sich dieses Prinzip nicht zu eigen machen will. Ob die UNO bereit ist, ihre längst fälligen Folgerungen daraus zu ziehen, wird sich in den kommenden Monaten zeigen.

+ + +

Christ und Politik

Nachwort zum Stuttgarter Kirchentag

C.G. War auf dem Evangelischen Kirchentag des vergangenen Jahres in Berlin noch einmal die große Begegnung der evangelischen Christen aus Ost und West möglich, so wurde die Stuttgarter Veranstaltung von der drohenden Zerreißung nun auch der evangelischen Christenheit in Deutschland überschattet. Die 20000 Protestanten aus Mittelddeutschland, die sich zur Teilnahme gemeldet, denen aber die Sowjetzonenmachthaber Interzonenpässe verweigert hatten, fehlten zwar bei den Gottesdiensten, Kundgebungen und Diskussionen des Kirchentages. Sie standen aber unsichtbar und doch nicht weniger eindringlich als ständige Warner vor jedem Rückzug in ein bundesrepublikanisches Idyll hinter allen Reden und Gesprächen in Stuttgart, und als Mahner, den Blick nie von Wittenberg und Eisenach zu lassen! Daß diese Tatsache vor allem die Diskussionen in der Arbeitsgruppe "Leben im Volk" bestimmen würde, war vorauszusehen. In ihr versammelte sich die größte Zahl von Teilnehmern, auch wenn die anderen Arbeitsgruppen "Leben in der Kirche", "Leben in der Familie", "Leben in der Arbeit" und "Leben im Dorf" durchaus nicht weltfremde Theorien, sondern brennende Probleme des Tages erörterten.

Das Referat des Bonner Theologen Prof. Helmut Gollwitzer zu dem Thema "Was geht den Christen die Politik an", bildete zweifellos den Höhepunkt der politischen Arbeitsgruppe. Wer politische Patentrezepte und fertige Antworten von diesem Referat erwartet hatte, mußte freilich enttäuscht werden, aber jeder derartige Versuch verstieße ja von vornherein gegen das Wesen des evangelischen Verständnisses von Staat und Gesellschaft. Dennoch stellte Gollwitzer sehr konkrete Voraussetzungen für die Teilnahme des evangelischen Christen an der Politik auf. Nach Frieden, Gerechtigkeit und nach Vergebung zu streben, seien für jeden evangelischen Christen zwingende Forderungen. Unter Ablehnung jeder Kreuzzugsideologie wandte sich Prof. Gollwitzer gegen den Aberglauben, im Krieg eine Lösung für die Probleme in der

heutigen Weltpolitik zu sehen. Er richtete diesen Appell auch vor allem an den Westen. Die christliche Gemeinde müsse Parteien, in denen kriegerisches Denken herrsche, kompromisslos ablehnen und könne hierbei nicht in der Neutralität verharren.

Es ist bezeichnend für die Situation innerhalb der Evangelischen Kirche, daß die Diskussion in der Hauptsache um die konkrete Frage des westdeutschen Wehrbeitrages kreiste, die Gollwitzer weder konkret bejahte noch verneinte, was er als offizieller Sprecher vor dem Forum des Kirchentages wohl auch nicht tun konnte. Daß die bejahenden Stimmen in den meisten Fällen aus der deutschen nationalen "Traditionskompanie" des Protestantismus zu kommen schienen, war nicht weiter erstaunlich. Bedenklich aber war, daß die ablehnenden Meinungen zum Wehrbeitrag sich in fast keinem einzigen Falle politischer Argumente bedienten, sondern die Stimmung des "Ohne-mich" und der reinen Jenseitigkeit zum Ausdruck brachten. Der Zusammenhang von drohender endgültiger Zerreißung Deutschlands und westdeutschem Wehrbeitrag, der gerade für die Evangelische Kirche so deutlich sein sollte, wurde in den Diskussionsbeiträgen kaum sichtbar. Das mag jene Stimmen in der Evangelischen Kirche bestärken, die der Meinung sind, die Evangelische Kirche könne zu diesem politischen Problem keine verbindliche Antwort geben. Das zeigte aber auch sehr deutlich, daß das Problem des Waffentragens über den politischen Raum hinaus ins Seelsorgerliche hineingewachsen und für viele evangelische Christen zur letzten Gewissensfrage geworden ist.

Aus dieser seelischen, ja religiösen Not heraus fordern sie Antwort von ihrer Kirche. Wird sich die Evangelische Kirche deshalb auf die Dauer, wie bei anderen politischen Problemen, mit dem Hinweis auf die persönliche Gewissensentscheidung des Christen, die so oder so ausfallen könne, begnügen können? Die Fragen, die auf dem Kirchentag gestellt wurden, beweisen, daß die Diskussion über Bewaffnung und Kriegsdienstverweigerung innerhalb der Evangelischen Kirche gerade in den nächsten Monaten in verstärktem Maße weitergehen wird.

Misslungene Blockbildung

(sp) Das innerpolitische Interesse der deutschen Öffentlichkeit richtete sich am vergangenen Wochenende auf den Ausgang der Landtagswahl in Bentheim und Bielefeld Nordwest. Beide Landtagsitze waren durch den Tod von zwei Abgeordneten, die der SPD angehörten, frei geworden. Als Stimmungsbarometer ergeben die Wahlergebnisse kein einheitliches Bild.

In Bielefeld, wo sämtliche Parteien rechts von der Sozialdemokratie einen "unpolitischen" Sammelkandidaten aufstellten, ging der Nachfolger Carl Severings, Oberstudienrat Dr. Henningsen, mit über 51% aller abgegebenen Stimmen klar durchs Ziel. Der Gegenkandidat blieb mit 46% auf der Strecke. Der Stimmengewinn der SPD im Vergleich zur letzten Landtagswahl beträgt über 3.400 und dies bei etwas geringerer Wahlbeteiligung.

Das System der Sammelkandidatur hat hier zum zweiten Male Schiffbruch erlitten. Wie seinerzeit in Bremen gaben auch die Wähler dieses Bielefelder Wahlkreises eine klare Entscheidung - sie lehnten einen Mann ab, der keiner Partei angehörte und als einziges Aktivum sein Bekenntnis verschwommenen "Antimarxismus" offerierte. Es spricht für die politische Reife der Wähler, dass sie dem System der Blockbildung so unmissverständlich ihren Unmut bezeugten und darin auch eine Gefahr für die parlamentarische Demokratie überhaupt erblickten. Wohin käme die junge deutsche Demokratie, wenn in die parlamentarischen Körperschaften nur Männer entsandt würden, die keinem Programm und keiner Wählerschaft verpflichtet sind? Das ist eine gefährliche Verwischung von Gegensätzen, an denen nur jene ein Interesse haben können, die, um es gelinde zu sagen, nur in loser Beziehung zum Parlamentarismus überhaupt stehen.

Bielefeld hat den Wahlblockstrategen eine heilsame Lehre erteilt. Sie hatten keine Mühe gescheut und keine Verdächtigung unterlassen, um diese sozialdemokratische Hochburg, die Stätte des unvergesslichen Severing, zu Fall zu bringen. Dabei handelt es sich um einen Wahlkreis, in dem die Arbeiterschaft in der Minderheit ist. Weit über ihren Bereich hinaus ist es hier der SPD gelungen, neue Schichten zu erobern.

Ein völlig anderes und widerspruchsvolles Bild zeigt das Wahlergebnis in der Kreisstadt Bentheim. Hier ging der SPD das Mandat an die CDU bei ungewöhnlich niedriger Wahlbeteiligung verloren. Die bürgerlichen Parteien gingen gesondert zur Wahl, wobei die CDU das Rennen machte, was wohl auf den stark katholischen Einschlag der Bevölkerung zurückzuführen ist. Personelle und örtliche Faktoren gaben vermutlich bei der Wahlentscheidung den Ausschlag. - Weder in Nordrhein-Westfalen noch in Niedersachsen werden durch die letzten Wahlergebnisse die Mehrheitsverhältnisse in den Landtagen berührt.

Praktiker Max Brauer

Zu seinem 65. Geburtstag am 3. September

(sp) Max Brauer, vom Elternhaus her, aus eigener Erkenntnis und eigenem Empfinden Sozialist von Jugend auf, ist in der harten Schule der praktischen Arbeit in der Kommunalverwaltung aufgewachsen, als Stadtverordneter, als Senator, als Stadtkämmerer, als Oberbürgermeister im preußischen Altona und dann, nach dem zweiten Kriege, als Bürgermeister von Hamburg. Zwischen Altona und Hamburg lag für ihn ein praktisches Studium, das er in der weiten Welt absolvierte, im Auftrage des Völkerbundes als Spezialist für kommunale Fragen in China und als Dozent an der New Yorker Columbia-Universität, zugleich als Vertrauensmann der amerikanischen Gewerkschaften für deutsche Sozial-Angelegenheiten.

Seit seiner Rückkehr nach Deutschland im Oktober 1946 und seiner Wahl zum Regierenden Bürgermeister der Hansestadt Hamburg stand Brauer wieder als Praktiker vor der Aufgabe, täglich eine Synthese zwischen politischer Grundauffassung und ihrer praktischen Realisierbarkeit, so wie er sie in jeder einzelnen Frage sah, zu finden. In den USA hatte er 1949 in zahlreichen Reden dazu aufgefordert, daß die Amerikaner "nicht müde werden dürfen, Europa und im europäischen Rahmen Deutschland, zu helfen". Vor den Schiffreedern und Kaufleuten in Amsterdam proklamierte er im März 1950 ein organisiertes, europäisches Hafensystem. Er hat auch - unter Bedingungen - zu Europa-Rat und Schuman-Plan "ja" gesagt, in der Hoffnung auf praktische Wirkungen solcher Zustimmung - einen Abbau der Zolltarife, auf eine Lösung der Währungsfrage auf europäischer Basis, auf bessere Entwicklungsmöglichkeiten auf vielen anderen Gebieten. Es wird sich erst zeigen müssen, wie weit er mit diesem Optimismus recht behält.

Brauer hat seine ihm in Hamburg und im größeren Rahmen nationaler und internationaler Organisationen gestellten Aufgaben so gelöst, daß ihm die Achtung und Wertschätzung nicht nur seiner politischen Freunde zufiel, sondern auch die ungezählter Menschen, welche anders denken und planen als er, ihn aber respektieren. Am Tage vor der letzten Wahl in Hamburg, nach einem möglichen Nachfolger für Brauer gefragt, antwortete einer der führenden Politiker aus dem Hamburger Bürgertum: "Wissen Sie einen besseren?"

Verantwortlich: Peter Raunau